

Volkes Stimmen

»Ehrlich, aber deutlich« - Privatbriefe an die DDR-Regierung

Bearbeitet von
Siegfried Suckut

1. Auflage 2016. Buch. ca. 576 S. Hardcover

ISBN 978 3 423 28084 6

Format (B x L): 13,5 x 21 cm

[Weitere Fachgebiete > Geschichte > Europäische Geschichte > Deutsche Geschichte](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

dtv

SIEGFRIED SUCKUT (HG.)

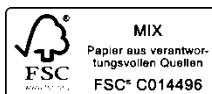
VOLKES STIMMEN

»Ehrlich, aber deutlich« –
Privatbriefe an die DDR-Regierung

dtv

Dieses Buch ist auch als eBook erhältlich.

Ausführliche Informationen über
unsere Autoren und Bücher
www.dtv.de



Originalausgabe 2016

3. Auflage 2016

© 2015 dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch auszugsweise

Verwertungen bleiben vorbehalten.

Umschlaggestaltung: FAVORITBUERO, München

Gesetzt aus Concorde 9/11,75°

Satz: Greiner & Reichel, Köln

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany · ISBN 978-3-423-28084-6

Inhalt

EINLEITUNG	7
Einblicke in die DDR-Gesellschaft	9
Terra incognita DDR	9
Briefe an die DDR-Regierung: O-Töne aus der Bevölkerung	14
Briefe an West-Adressaten	24
West-Zuschriften	26
Briefe an die Staats- und Parteiführung – gescheiterte Kommunikationsversuche	28
Grundmotivation	31
Generalthema: Erhalt der nationalen Einheit	34
Versorgung und Wirtschaft	49
Soziale Unterschiede im Arbeiter- und Bauernstaat	60
»Die Genossen haben Sie wohl vergessen, Genosse Ulbricht?«	66
Kritik an den DDR-Medien	70
Außenbeziehungen: Sowjetunion und Bruderstaaten	75
Die Sowjetunion als Hoffnungsträgerin unter Gorbatschow	84
NS-Bezüge und antijüdische Aussagen	86
Anders als die »Anderen«? Zuschriften von SED-Mitgliedern	94
Resümee	104
Redaktionelles	106
DOKUMENTE	109
DDR-Bürger schreiben ihrer Regierung	111
Briefe an West-Adressaten	459
West-Zuschriften	515
Anhang	
Dokumentenverzeichnis	541
Abkürzungen (Auswahl)	565
Namen-und Ortsregister zum Dokumententeil	567
Sachregister zum Dokumententeil	573

EINLEITUNG

BStU

Archiv der Zentralstelle



Nr.

Einblicke in die DDR-Gesellschaft

Terra incognita DDR

Die Geschichte der DDR wurde lange Zeit vorrangig mit dem Blick auf die oberste politische Führungsebene analysiert und geschildert. Gefragt wurde nach den Zielen und Taktiken der Herrschenden, ihre Macht zu behaupten und auszubauen. Gerade für die Untersuchung einer Diktatur ein naheliegender, fast zwangsläufiger Ansatz. Ihre Sternstunden erlebte diese Forschung, als sich gleich nach dem Zusammenbruch des alten politischen Systems die Kunde verbreitete, im zentralen SED-Archiv seien mittlerweile Kürzel-Mitschriften von Gesprächen Stalins mit den KPD-Führern¹ und sogar die Protokolle des Politbüros zugänglich. In der Tat: faszinierende Dokumente, weil sie, trotz zuweilen inhaltlicher Dürftigkeit, nachvollziehbar machen, wie die östliche Besatzungszone zum sozialistischen Staat nach sowjetischem Vorbild transformiert wurde.

Das unverhoffte Ende der SED-Herrschaft und wie es zustande kam drängte neue Fragestellungen auf, die sich aus den alten ergaben. Wie war es möglich, dass eine so festgefügte Diktatur durch Bürgerinitiative erschüttert und schließlich beendet werden konnte? Ins Blickfeld gerieten jetzt die vielfältigen oppositionellen Gruppen, der zivile Ungehorsam auf der einen und die Hilflosigkeit der Herrschenden und ihres gigantischen Machtapparates auf der anderen Seite. Gefragt wurde nach der unterschwelligen Verbreitung oppositionellen Denkens in der Gesellschaft in den Jahren zuvor, aber auch nach den politischen Prioritäten einer deutlichen Bevöl-

1 Sie wurden in ostdeutsch-westdeutscher Zusammenarbeit veröffentlicht, vgl. Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994.

kerungsmehrheit, die den Oppositionellen und ihren Organisationen bei den ersten freien Wahlen die weitere Gefolgschaft verweigerte und sich offenbar seit Jahrzehnten im Stillen ihrer eigenen Utopie verschrieben hatte: der raschen staatlichen Vereinigung mit den Westdeutschen.

Als bedauerliches Defizit wurde jetzt bewusst, dass Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR fehlten, die hätten erkennen lassen, wie die angepasst schweigende Mehrheit der DDR-Bürger dachte und wie linientreu die vermeintlich Parteitreuesten unter ihnen, die SED-Mitglieder, waren. Unterbelichtet ist die Alltagsgeschichte, »das größte Manko der bisherigen DDR-Historiographie« wie einer der führenden ostdeutschen Soziologen wenige Jahre nach der Vereinigung befand.² Daran hat sich wenig geändert. Dass die Machtträger in der »Zone« keine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich hatten, galt unter den Westdeutschen zu Recht als Binsenweisheit und wurde vom Ergebnis der ersten freien Wahlen im März 1990 eindrucksvoll bestätigt. Die in Partei des Demokratischen Sozialismus umbenannte ehemalige Staatspartei SED erhielt nur 16,4 Prozent der Stimmen.

Wie die innenpolitische Lage »drüben« tatsächlich war, rückte in den Jahrzehnten zuvor nur kurzzeitig ins Zentrum des öffentlichen Interesses in der Bundesrepublik, etwa, als sich im Juni 1953 der Protest der Ost-Berliner Bauarbeiter gegen die Normenerhöhung zu einem republikweiten Aufstand ausweitete, der dann aber fast ebenso schnell verebbte: Gegen die Übermacht sowjetischer Truppen wäre ein Revolutionsversuch zum Scheitern verurteilt gewesen.³ Die Demonstranten waren klug genug, ihn auch nicht zu unternehmen. Die Machtfrage blieb damit in der DDR langfristig beantwortet zugunsten der Besatzungsmacht und der nach ihrem Willen und unter ihrer Aufsicht agierenden SED. Deren Führung aber hatte zur

2 Engler, Wolfgang: »Kommode Diktatur« oder »totalitäres System«? Die DDR im Kreuzverhör der Enquete-Kommission, *Soziologische Revue*, Jg. 19 (1996), S. 443–449, hier S. 443.

3 Der amerikanische Historiker Andrew I. Port sieht das offenbar anders und spricht von der »verpasste[n] Revolution vom Juni 1953«, vgl. ders.: *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland*, Berlin 2010, S. 96. In Anbetracht der machtpolitischen Verhältnisse erscheint seine These überzogen. Auch die von ihm geschilderte Lage im Gebiet von Saalfeld ist ein Beleg dafür, vgl. ebd., S. 96–117.

Kenntnis zu nehmen, dass selbst ihre Hoffnungsträger, die Arbeiter, nicht bereit waren, im Interesse rascheren sozialistischen Aufbaus Lohn- und somit Konsumverzicht zu üben, wenn ihre selbsternannte Avantgarde das für erforderlich hielt. Die Lehre für alle Seiten, auch die Beobachter im Westen, lautete: Selbst wenn die große Mehrheit der Bevölkerung mit der SED-Politik nicht einverstanden war und sich die ökonomischen Defizite zuweilen zur Groteske summierten, die Parteidiktatur war gewaltsam nicht zu überwinden, solange die Sowjetunion sie stützte. Andererseits konnten die Machttträger nur dann mit der Folgebereitschaft der Bevölkerung rechnen, wenn sie deren Interessen und Erwartungen nicht gänzlich ignorierten.

Wem das Leben in der DDR unerträglich schien, dem blieb bis zum Bau der Mauer 1961 die Möglichkeit, in die Bundesrepublik zu gehen. Hunderttausende nutzten sie. Danach aber waren auch die Unzufriedenen gezwungen, im Land zu bleiben. Gesucht wurde das politische Arrangement, die Anpassung an Verhältnisse, die sich auf unabsehbare Zeit nicht würden ändern lassen. Erleichtert wurde es ihnen durch die in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Die Einkommen stiegen, die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern nahm deutlich zu, und gerade Frauen nutzten die staatlichen Angebote zu steter beruflicher Qualifizierung und füllten in den Betrieben die Lücken, die die Geflohenen hinterlassen hatten. Viele versuchten, ihre Aufstiegschancen zusätzlich zu verbessern und traten der SED bei. Zum Schluss hatte sie 2,3 Millionen Mitglieder, fast 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung waren »Genossen«. Hinzu kamen über vierhunderttausend Angehörige der vier Blockparteien, Organisationen, die sich uneingeschränkt zur Politik der kommunistischen Führungspartei bekannten und von ihr kontrolliert wurden. Ließ man nur Zahlen gelten, dann hatte die SED-Führung recht, wenn sie auf die hohe Zustimmung für ihre Politik innerhalb der Bevölkerung verwies. Ungewiss blieb, wie die Menschen wirklich dachten. Die Parteiführung praktizierte eine Doppelstrategie: Sie ließ ihre Propagandisten die offiziellen 99-Prozent-Ergebnisse bei den Wahlen als verlässliche Vertrauensbeweise feiern, zugleich aber den Sicherheitsapparat und die Grenzbefestigungen gen Westen kontinuierlich ausbauen und »modernisieren«.

Wer von dort die DDR wissenschaftlich beobachtete, setzte sich leicht dem Vorwurf aus, er betreibe »Astrologie«, wenn er sich man-

gels verlässlicher Quellen weitgehend auf begründete Spekulation, nicht aber auf belastbare Fakten stützte. Geheimdienste und Meinungsforscher bemühten sich, Informationsbröckchen zum Mosaik zu fügen. Ihre Methoden ließen einen Anflug von Ratlosigkeit erkennen. Der Bundesnachrichtendienst (BND) versuchte, aus mitgehörten grenzüberschreitenden Telefonaten, durch stichprobenartiges Brieföffnen⁴ und, ab 1986, mit systematischen Befragungen von DDR-Bürgern, die zu Familienbesuchen in die Bundesrepublik gekommen waren⁵, einen Eindruck davon zu erhalten, wie sich die wirtschaftliche Lage und die »Grundstimmung in der Bevölkerung über eine dauerhafte Existenz der DDR«⁶ entwickelte. Die nach je 600 Befragungen gezogenen Zwischenbilanzen waren in diesem Punkt relativ konstant: Die Gäste aus der DDR lehnten mehrheitlich das SED-Regime ab. Jeweils 72–78 Prozent waren für eine Vereinigung mit der Bundesrepublik und dachten dabei vor allem an die Übertragung des Lebensstandards.⁷ Eine »ausdrückliche Begeisterung« für das demokratische politische System im Westen statt des autoritären in der DDR sei allerdings »nicht festzustellen« gewesen.⁸

Das Münchener Umfrageinstitut Infratest bemühte sich schon vorher, im Regierungsauftrag Entsprechendes kontinuierlich in »Stellvertreterinterviews« zu ergründen: Westliche DDR-Besucher wurden nach ihrer Rückkehr gebeten, in einer Art Rollenspiel die Ansichten ihrer Gastgeber wiederzugeben.⁹ Schon die Dürftigkeit

4 Täglich sollen mehr als 10 000 Privatbriefe aus dem Bereich des Warschauer Pakts vom BND gelesen worden sein, so Schulte Döringhaus, Uli: Eine »gesonderte Behandlung« jenseits des Regellaufs. Der Paketverkehr unter Kontrolle von Stasi und Zoll, in: Härtel, Christian/Kabus, Petra (Hg.): Das Westpaket, Berlin 2000, S. 65–82, hier 72.

5 Vgl. dazu die ausführlichen Erläuterungen des früheren BND-Chefs Hans-Georg Wieck in: Wentker, Hermann: Die DDR in den Augen des BND (1985–1990). Ein Interview mit Dr. Hans-Georg Wieck, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 56. Jg., Heft 2, April 2008, S. 323–358, hier 337. Wie und wo die Befragungen stattfanden, teilte Wieck nicht mit. Vermutlich wurden aus der DDR Einreisende verdeckt in den grenzüberschreitenden »Interzonenzügen« befragt.

6 Ebd., S. 339.

7 Ebd., S. 338.

8 So Wieck ebd., S. 339.

9 Vgl. dazu ausführlich Köhler, Anne: Marschierte der DDR-Bürger mit? Systemidentifikation in der DDR-Bevölkerung vor und nach der Wende, in: Gerhardt, Uta/Mochmann, Ekkehard (Hg.): Gesellschaftlicher Umbruch

der Erhebungsmethoden lässt erkennen, dass die DDR aus westdeutscher Sicht weithin eine Terra incognita war. Als Sensation wurde es in der Fachwelt unter diesen Umständen empfunden, als gegen Ende der Achtzigerjahre eine von dem Sozialhistoriker Lutz Niethammer geleitete westdeutsche Forschergruppe die Möglichkeit erhielt, umfangreiche lebensgeschichtliche Interviews in der DDR zu führen, die Rückschlüsse auf das politische Denken von Befragten unterschiedlicher Generationen, Berufe, Funktion und Sozialisation ermöglichten.¹⁰ Was die Fragen der Interviewer zum Vorschein brachten, ist auch in vielen Fällen aus den Briefen herauszulesen, die hier dokumentiert werden. Das betrifft speziell die Wahrnehmung und Interpretation der DDR-Entwicklung in einzelnen Zeitabschnitten.

Die missliche Quellenlage besserte sich erst, als Ende 1989 die SED-Herrschaft ein unfreiwilliges Ende nahm und ihre archivalische Hinterlassenschaft zugänglich wurde. Während die Bestände des parteieigenen »Instituts für Meinungsforschung«¹¹ enttäuschten – Honecker hatte schon Ende der Siebzigerjahre die rückwirkende Vernichtung der Unterlagen angeordnet –, erwiesen sich die Informations- und Stimmungsberichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) als aufschlussreiche Quellen für die Rekonstruktion des Verhältnisses der DDR-Bürger zur politischen Führung.¹² Gleichwohl sind auch sie kritisch zu lesen als Erkenntnis-

1945–1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse, München 1992, S. 59–79. Über Anlage, Erkenntniswert und Ergebnisse des Infratest-Projekts informiert ausführlich Gieseke, Jens: Auf der Suche nach der schweigenden Mehrheit Ost. Die geheimen Infratest-Stellvertreterbefragungen und die DDR-Gesellschaft 1968–1989, in: Zeithistorische Forschungen, 12. Jg. 2015/1, S. 66–97. Die Fragen und Ergebnisse sind darüber hinaus umfassend dokumentiert in: Holtmann, Everhard/Köhler, Anne: Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen, Frankfurt/Main 2015.

10 Als die Ergebnisse veröffentlicht wurden, gab es die DDR schon nicht mehr; Niethammer, Lutz/von Plato, Alexander/Wierling, Dorothee: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen, Berlin 1991.

11 Vgl. Stichwort Institut für Meinungsforschung beim ZK der SED (IfM) in: Herbst, Andreas et al. (Hg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 497 f.

12 Vgl. dazu ausführlich: Gieseke, Jens: Bevölkerungsstimmungen in der DDR der 1960er- und 1970er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen, 5. Jg., 2008/2, S. 236–257.

se und Einschätzungen eines dienenden Organs der Parteiführung, das sich als deren verlässlichster Gehilfe empfand und nie den Mut gehabt hätte, die stets positiven offiziellen Lageeinschätzungen fundamental zu dementieren.

Briefe an die DDR-Regierung: O-Töne aus der Bevölkerung

Spürt man den Quellen nach, aus denen die Berichterstatter des MfS schöpften, so stößt man vor allem auf Erkenntnisse der inoffizielle Mitarbeiter (IM) führenden Dienstseinheiten, die komprimiert an die Zentrale weitergeleitet worden waren. Der IM berichtete dem Führungsoffizier über seine Beobachtungen und der wiederum den Auswertern seiner Dienstseinheit, die daraus ihre Meldungen an die Zentrale des Sicherheitsdienstes erstellten. Dort wurde entschieden, ob der Minister und über ihn eventuell die Parteispitze informiert werden sollte.

Was bis heute fehlt, sind gleichsam die »O-Töne« aus der Bevölkerung. Immer noch parteitreue Betrachter werden das anders sehen und auf die Leserbriefspalten in den DDR-Zeitungen verweisen, die dicht gefüllt waren mit positiven Kommentaren zur Politik der Staatsführung, oder auf die Protokolle der Parteitage, in denen der »nicht enden wollende Beifall« und die Hoch-Rufe, gerade der jüngeren Mitglieder, akribisch vermerkt sind. Quellenkundige könnten auf die Akten des Büros Honecker im Bundesarchiv hoffen. Seine Mitarbeiter haben zusammenfassende Auswertungen der Beschwerden (»Eingaben«) an den Staatsrat und das ZK erarbeitet. Aber ihre Befunde enttäuschen durch oberflächliche Schönfärberei und lesen sich wie zum Beispiel der 2. Halbjahresbericht 1986: »Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung begrüßen uneingeschränkt die Politik unserer Partei«, wenn es auch »noch vorhandene Probleme« gäbe, etwa die langen Wartezeiten bis zur Lieferung eines Pkw.¹³

Wo aber ist die oft massive Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen dokumentiert, die nachgerade jedem Besucher entgegenschlug, der sich intensiver mit DDR-Bürgern unterhielt? Bei einer tiefergehenden Recherche in den (mög-

13 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30, 2590, Blatt 58f.

lichen) Ausgangsmaterialien für die Stimmungs- und Lageberichte des MfS stößt man auf Unterlagen, die wenigstens eine Teilantwort erlauben: Briefe von Einzelpersonen und Belegschaften an Ulbricht und Honecker. Es sind Stimmen sehr unterschiedlicher Tonlage: alle unzufrieden und besorgt über die Situation im Lande; viele in der Überzeugung, die Verantwortlichen an der Spitze seien nichtsahnend, weil systematisch fehlinformiert, und müssten über die tatsächliche Lage aufgeklärt werden; manche kurz davor, alle Hoffnung auf Besserung fahren zu lassen und zu verstummen: »Für so einen Sozialismus haben wir Genossen nicht gekämpft und gelitten, es war vertane Zeit. Wie soll nun erst der Kommunismus aussehen?«¹⁴ Andere titulierte die Regierenden hasserfüllt als »Verbrecher«¹⁵ oder grüßten mit einem – anklagend, respektive bekenntnishaft gemeinten – »Heil Hitler!«¹⁶. Alles in allem ein vielstimmiger Chor, der politisch vom Neonazi bis zum Altkommunisten reichte.

Für die weitere »Bearbeitung« grundsätzlicher Kritik an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, zumal, wenn sie anonym geäußert wurde, war aus der Sicht der Genossen in den Poststellen und Redaktionen im Zweifelsfall der Staatssicherheitsdienst zuständig. Der letzte DDR-Chefredakteur der auflagenstärksten Tageszeitung ›Junge Welt‹ schildert, wie er damit umgegangen ist: »Und war da auch nur ein Anflug von systemkritischen Tönen festzustellen, kamen die Briefe in einen bestimmten Hefter, er lag in einem Schränkchen meines Arbeitszimmers, einmal in der Woche klopfte es, und der für unsere Redaktion zuständige MfS-Mitarbeiter holte diese Briefe ab, ein stiller, scheuer junger Mensch, Eifer schien ihm abhold zu sein, trotzdem tat er seine Pflicht, zu der ich keine Fragen hatte.«¹⁷

14 Brief vom 19. Januar 1976 an das ZK der SED, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Bestand Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Hauptabteilung (HA) XX 13480, Blatt 88–91, hier 91. Dokument 48.

15 Vgl. u. a. Brief eines früheren DDR-Bürgers aus der Bundesrepublik an das Ministerium für Staatssicherheit, April 1985, BStU, MfS, HA XX 13095, Blatt 73, und Leserbrief an das ›Neue Deutschland‹, September 1989, HA XX 12990, Blatt 141.

16 Exemplarisch: handschriftlicher Brief an Ulbricht, Juli 1968, BStU, MfS, HA XX 12822, Blatt 129 und Schreiben an den Deutschen Fernsehfunk, Aktuelle Kamera, vom 30. September 1979, BStU, MfS, HA XX 13370, Blatt 60.

17 Schütt, Hans-Dieter: Glückliche beschädigt. Republikflucht nach dem Ende der DDR, o. O., o. J. S. 76f.

Das war offenbar gängige Praxis.¹⁸ In den Archivalien der Büros von Ulbricht und Honecker tauchen die hier dokumentierten Briefe nicht auf. Sie dürften auch in keiner der Statistiken ihrer Zuarbeiter enthalten sein. Briefe an die Staats- und Parteichefs ohne Absender waren ohnehin schon von der Vorkontrolle des MfS (Abteilung M) herausgefiltert worden.¹⁹ Täglich prüften die Postkontrolleure bis zu 100 000 Briefe.²⁰ Ein Prüfkriterium waren bestimmte äußerliche Merkmale der Sendungen wie fehlende Absenderangaben, ungewöhnliche Formate oder Verzierungen auf dem Umschlag.²¹ Systemkritische Zuschriften behandelten die Offiziere der Stasi kurzerhand als »Hetzschriften«, die keine weitergehende inhaltliche Beachtung verdient hatten, auch wenn sie betont sachlich formuliert waren. Eine Hauptaufgabe ihrer Fahnder war es dann herauszufinden, wer sich hinter den anonymen bzw. pseudonymen Zuschriften verbarg, und den Fall zur weiteren geheimpolizeilichen und strafrechtlichen »Bearbeitung« an die geografisch zuständige MfS-Bezirksverwaltung weiterzuleiten. In deren Hinterlassenschaft, speziell in den personenbezogenen Unterlagen, sind vermutlich noch viele der Originale zu finden. Die zentralen Diensteinheiten behielten zumeist nur Ablichtungen in den Akten zurück.

Was der Postkontrolle in den Verteilzentren oder in den Büros der Adressaten an Schreiben dieser Art aufgefallen war, ging an die für den Kampf gegen oppositionelle Tendenzen federführende Hauptabteilung (HA) XX, in deren Abteilung 2 sieben Bedienstete mit der Aufgabenbeschreibung »Verhinderung, Aufklärung und Bearbeitung staatsfeindlicher Erscheinungen, insbesondere staatsfeindlicher Hetze, Schriftenfahndung und Klassifizierung, Tatschrif-

18 Vgl. Baumann, Christiane: Die Zeitung »Freie Erde« 1952–1990. Kader, Themen, Hintergründe. Beschreibung eines SED-Bezirksorgans, Schwerin 2013, S. 67.

19 Vgl. BStU, MfS, HA XX 11828, Blatt 132. Einen informativen Einblick in die Arbeit der DDR-Postkontrolleure vermittelt: Kallinich, Joachim/de Pasquale, Sylvia: Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR, Katalog zu einer von der Museumsstiftung Post- und Telekommunikation in Kooperation mit der Stasiakten-Behörde erarbeiteten Ausstellung, Berlin 2002.

20 Vgl. Hellström, Peter: Die Postkontrolle der Staatssicherheit. Aus der Sicht eines Zeitzeugen, Berlin 2010, S. 118.

21 Zu den Kriterien der Merkmalsfahndung, vgl. die Auflistung ebd., S. 109.

tensammlung«²² tätig waren. Die Fahnder bedienten sich ausgeklügelter Hilfsmittel und kannten die Besonderheiten der meisten seit dem Ersten Weltkrieg in Deutschland hergestellten und in der DDR gebräuchlichen Schreibmaschinen²³, auch die neuesten Erkenntnisse westlicher Forschung.²⁴ Bei Bedarf wurden sie vom »Operativ-Technischen Sektor« (OTS) des Ministeriums unterstützt, der aufgrund von Speichelresten Geschlecht und Blutgruppe bestimmen konnte.²⁵ Ihre Auswertungsergebnisse sind zumeist in einem acht- und mehrstelligen Zahlencode in Prüfdrucke festgehalten und auf die Briefkopien aufgeklebt, die dadurch leider häufig passagenweise unlesbar sind. Die Unterlagen der Schriftenfahnder bildeten keinen separaten Bestand im Archiv des MfS. Man findet sie im mehr als tausend laufende Meter Akten umfassenden Bereich der Hauptabteilung XX zusammen mit Schriftstücken unterschiedlichster Art, die den Argwohn der Kontrolleure geweckt hatten.

Neben einer Vielzahl von erstmals oder erneut eingereichten Ausreiseanträgen stößt man im Bestand aus den Achtzigerjahren immer wieder auf Briefe, die an bekannte Oppositionelle gerichtet, aber nicht zugestellt worden waren. Selbst eingeschriebene Sendungen ließen die Kontrolleure in den Akten verschwinden.²⁶ Immer wieder wurden Schriftstücke als politisch unliebsame und zu konfiszierende Dokumente eingestuft und archiviert, obwohl sie inhaltlich keineswegs unter »Opposition« zu subsummieren sind. Etwa die freundliche Einladung einer Dresdener Familie an Erich Honecker, mit ihnen einen »netten Samstag-Nachmittag« zu verbringen.

22 Vgl. Wiedmann, Roland (Bearbeiter): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, 2. Aufl., Berlin 1996, S. 198. Auch andere MfS-Gliederungen beschäftigten einzelne Schriftsachverständige, die zentrale Zuständigkeit aber lag beim Referat 1 der Abteilung 2 (Leiter: Oberst Kuschel) der Hauptabteilung XX (Leiter: Generalleutnant Kienberg) in Berlin.

23 Vgl. die Merkmalskartei und Auswertungsrichtlinien in: BStU, MfS, HA XX 19425–19427.

24 So besuchte ein Vertreter der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität im September 1989 das IX. Mannheimer Symposium für Schriftvergleichung an der dortigen Universität, an dem 170 Wissenschaftler aus 17 Ländern teilnahmen. Sein Konferenzbericht ging auch an das MfS, vgl. BStU, MfS, OTS 1672, Blatt 106–112.

25 Vgl. beispielhaft den Auswertungsbericht zur Expertise Nr. 86.1437 vom 8. 10. 1986 in: BStU, MfS, HA XX 12259, Blatt 116.

26 Vgl. BStU, MfS HA XX 12332, Blatt 7, 87 und 116 f.

Ihnen läge viel daran, ihn »einmal persönlich kennenzulernen«²⁷. Oder die sprachlich unbeholfene Bitte zweier Jugendlicher, gleich an den Ministerrat der DDR, sie möchten nach der Scheidung ihrer Eltern bei »Pappa« bleiben.²⁸ Was sie nicht ahnen konnten: Auch dieser Brief wurde von den peniblen Kontrolleuren mit einem Auswertungscode versehen. Sie waren »erfasst«.

Für das vorliegende Buch hat der Herausgeber über 200 Akten mit einem Gesamtumfang von etwa 45 000 Blatt aus dem Bestand der HA XX ausgewertet. Gesucht wurde speziell nach Briefen an die politisch Verantwortlichen in der DDR, in denen zum Ausdruck kommt, wie die Schreiber über die Verhältnisse im Lande dachten, wie sie den Alltag beschrieben, welche Veränderungen sie anmahnten, welche Erfahrungen sie mit Vertretern der Staatsorgane gemacht hatten. Gesucht wurde nach Teil-Antworten auf die Frage: Was waren das für Menschen, die »DDR-Bürger«? Wie dachten sie politisch, wie standen sie zu ihrem Staat? Wie lebten sie? Wie war die Stimmung im Lande? Welche Gedanken, welche Sorgen und Probleme bestimmten ihren Alltag? In den durchgesehenen Stasi-Akten wurden circa 500 Zuschriften gefunden, die unter der gewählten Fragestellung relevant erschienen. Davon hat der Herausgeber 248 für diese Dokumentation ausgewählt. Es handelt sich um Briefe, die an die Machttträger und ihre ausführenden Organe sowie an westliche Politiker und Medien gerichtet waren. Angefügt wurden einzelne exemplarische Zuschriften westlicher Absender an prominente politische Repräsentanten der DDR. Unberücksichtigt blieben unter anderem Flugblätter, Aufrufe oder Beschriftungen oppositionellen Inhalts, die vor allem in anderen Beständen der Hauptabteilung XX archiviert worden sind. Wer etwa nach Dokumenten der späteren DDR-Bürgerbewegung sucht, wird in den Unterlagen der Postkontrolleure kaum fündig, denn sie meldete sich vorrangig per Transparent und Flugblatt oder im Sprechchor auf Demonstrationen zu Wort, seltener in Briefen Einzelner an den Staatsratsvorsitzenden. Doch sind gerade die Forderungen der oppositionellen Gruppen in der Endphase der DDR breit analysiert worden.²⁹ Grundsatz war es,

27 Brief vom 20. 1. 1977, BStU, MfS, HA XX, 13491, Blatt 11, Dokument 64.

28 Eilbrief aus Ribnitz vom Mai 1972, BStU, MfS, HA XX 12306, Blatt 144.

29 Eine informative Überblicksdarstellung bietet Neubert, Ehrhart: Geschichte

pro Schreiber nur einen Brief abzdrukken. Da die Zuschriften zu-
meist anonym erfolgten, war in Einzelfällen nicht auszuschließen,
dass bereits ein anderer Brief desselben Verfassers berücksichtigt
worden ist. Darauf wird in Anmerkungen verwiesen. Bei der Zuord-
nung waren die Auswertungszettel der Schriftenfahnder mitunter
ein nützliches Hilfsmittel. Thematische Schwerpunkte, die sich aus
der Zahl der archivierten Schreiben ergeben, wurden quantitativ be-
rücksichtigt, allerdings nur grob, nicht exakt proportional. So wird
aus der Fülle der Protestschreiben gegen die Ausbürgerung Wolf
Biermanns nur ein argumentativer Querschnitt dokumentiert. Zu
Wort kommen Absender, die gegen die Ausbürgerung als Unrecht
protestierten, Führungsloyale, die lediglich fanden, das Vorgehen
sei taktisch unklug gewesen, und Ausreisewillige, die mit zynischem
Unterton um Gleichbehandlung baten.

Stets bedacht werden sollte, dass nur Meinungen wiedergegeben
werden, die in den überlieferten Briefen zum Ausdruck kamen. Nur
auf Themen, die ihnen gleichsam auf den Nägeln brannten, gingen
die Schreiber ein. Diese Subjektivität macht zwar den Quellenwert
der Darstellungen aus, sie führt aber auch zu einer individuellen the-
matischen Beschränkung: Jeder schrieb nur über das, was ihm per-
sönlich wichtig war. Nicht alle Themen der DDR-Geschichte wer-
den behandelt und auch nicht gleichmäßig beachtet. Eine weitere
Einschränkung ist zu bedenken, weil nur die Briefe zur Verfügung
standen, die von der Staatssicherheit konfisziert und archiviert wor-
den sind. So sind die Zuschriften einzelner SED-Mitglieder über-
liefert, die sich zum Beispiel beschwerten, weil die Regierung nicht
gleich alle kirchlichen Feiertage abgeschafft und einen politisch un-
kritischen »Luther-Rummel« veranstaltet habe. Es fehlen hingegen
die argumentativen Gegenstücke, die Empörung von Christen in
der DDR, dass überhaupt einige ihrer Feiertage gestrichen wurden,
denn speziell kirchenamtliche Briefe solchen Inhalts dürften bei den
staatlichen Stellen eingegangen sein. Sie sind im ausgewerteten Be-
stand der »Hetzschriften« aber nicht überliefert.

der Opposition in der DDR 1949–1989, Bundeszentrale für politische Bil-
dung, Bd. 346, 2. Aufl., Bonn 2000, insbesondere S. 499–823. Eine Vielzahl
analytischer Beiträge enthält der vom Bundesministerium des Innern in Auf-
trag gegebene Sammelband Kuhrt, Eberhard (Hg.): Opposition in der DDR
von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Op-
laden 1999.

Die vom Sicherheitsdienst bearbeiteten Schreiben haben unterschiedlichen Charakter. Man stößt auf pamphletartige Invektiven auf Stammtischniveau wie auf mehrseitige programmatische Ausarbeitungen für ausgesuchte Führungsmitglieder. Die zu den Akten genommenen Schreiben waren nach dem Urteil der kontrollierenden Offiziere durchweg, oft aus nicht nachvollziehbaren Gründen, sicherheitsrelevant. Zumeist, weil sie aus ihrer Sicht »feindlich-negative«, systemkritische Einstellungen zum Ausdruck brachten. Auch Briefe absolut staatsloyaler Absender, etwa die von Altkommunisten, konnten darunter fallen, wenn sie zum Beispiel mit drastischen Worten die Genossen an der Spitze auf Missstände hinwiesen. Im politischen Alltag entschied der Staatssicherheitsdienst, was unter Opposition zu subsummieren war, und hatte keine Hemmungen, auch die Gesinnung von SED-Mitgliedern zu beurteilen. Reine Ergebniseinsendungen hat der Sicherheitsdienst naturgemäß nicht beachtet und archiviert.

Die von der Stasi herausgefilterten Schriftstücke geben schon allein aus diesem Grund keinen repräsentativen Eindruck von den politischen Meinungen in der Gesamtgesellschaft, eröffnen aber seltene Einblicke und die in ungewöhnlicher Authentizität. Es werden viele einzelne Schlaglichter gesetzt, die in der Summe zugleich den gesamten Handlungsraum erhellen und einen Eindruck vom Zustand der Gesellschaft vermitteln. Einige Absender äußern sich darüber hinaus zu den politischen Einstellungen ihrer Mitbürger und wagen Schätzungen, wie groß die prozentualen Anteile der Unzufriedenen waren. Die Briefe gehören zu den Mosaiksteinen, die, zusammengesetzt, ein – immer noch sehr lückenhaftes – Bild ergeben können. Weitere Steine sind unter anderem die in der DDR-Presse massenhaft nachzulesenden Wortmeldungen der anscheinend Parteiloyalen, generell die Schilderungen der Zeitzeugen, der früheren DDR-Bürger, die sich etwa als Schriftsteller oder Historiker zu Wort gemeldet haben. Informativ sind nicht zuletzt die Berichte der Staatssicherheit, die kontinuierlich die politische Führung über die Stimmungen im Lande ins Bild setzen sollten. Aber stets sind es nur Mosaiksteine, die allenfalls einen subjektiv kolorierten Bildausschnitt ergeben. Niemand kann rückblickend mit dem Anspruch auftreten, er könne Aussagen treffen, die in ihrer Verlässlichkeit auch nur annäherungsweise mit den Ergebnissen empirischer Sozialforschung heute verglichen werden könnten. Es mangelt an